



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Service de l'environnement SEn
Amt für Umwelt AfU

Abfallbewirtschaftungsplan Freiburg Partizipativer Ansatz

Kurzzusammenfassung der Konsultationsphase (Online-Umfrage)

Juni 2022

HE^{VD}
IG HAUTE ÉCOLE
D'INGÉNIERIE
ET DE GESTION
DU CANTON
DE VAUD

 **insit** institut
d'ingénierie
du territoire

Inhalt

1. Vorwort	3
2. Zielsetzung und Ablauf der Konsultationsphase	3
3. Profile der Teilnehmerinnen und Teilnehmer	5
4. Allgemeine Beurteilung der Massnahmen	6
4.1. Allgemeine Ergebnisse nach Massnahme	6
4.2. Analyse der am stärksten befürworteten Massnahmen	10
5. Analyse nach Art der Massnahme	12
5.1. Methode	12
5.2. Ergebnisse der Analyse	13
5.3. Zusammenfassung der Analyse nach Art der Massnahme	15

1. Vorwort

Im Rahmen der Aktualisierung des kantonalen Abfallbewirtschaftungsplans (ABP) hat das Amt für Umwelt des Kantons Freiburg für die Gestaltung eines partizipativen Prozesses das INSIT-Institut der Hochschule für Ingenieurwesen und Wirtschaft HEIG-VD beigezogen.

Ziel dieses Prozesses ist es, den vom AfU identifizierten Zielgruppen die Möglichkeit zu geben, sich an den Überlegungen zum neuen Abfallbewirtschaftungsplan zu beteiligen. Dieser begleitete Prozess findet in vier sich ergänzenden Schritten statt:

1. Vision: den ABP verstehen und sich über die fünf grossen Ziele austauschen;
2. Ideenfindung: gemeinsam Massnahmen vorschlagen;
3. Konsultation: die Zweckmässigkeit und die globale Wirksamkeit der Massnahmen beurteilen;
4. Priorisierung: prioritäre Massnahmen festlegen.

Der vorliegende Bericht fasst die Konsultationsphase zusammen.

2. Zielsetzung und Ablauf der Konsultationsphase

Im Anschluss an die Ideenfindungsphase wurde eine erste Massnahmenliste für den Abfallbewirtschaftungsplan Freiburgs erstellt. **Ziel der Konsultationsphase ist es, mithilfe einer Online-Umfrage die Akzeptanz und die Zweckmässigkeit dieser Massnahmen zu beurteilen.**

Die Online-Umfrage erfolgte über einen **Zeitraum von 3 Monaten zwischen dem 30. November 2021 und dem 28. Februar 2022**. Sie stand den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Ateliers «Vision» und «Idéation» offen, die auch die Möglichkeit hatten, sie mit ihrem beruflichen Netzwerk zu teilen. **So haben insgesamt 434 Personen an der Umfrage teilgenommen.**

Die Umfrage ist in fünf Teile gegliedert, die jeweils unterschiedliche Themen behandeln. In jedem Teil wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gebeten, eine Reihe von Massnahmen anhand einer dreistufigen Skala (+ keine Meinung) zu beurteilen:

- Vorrangige Massnahme
- Zu berücksichtigende Massnahme
- Nicht zu berücksichtigende Massnahme
- Keine Meinung

Insgesamt wurden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern so sechzig Massnahmen zur Beurteilung vorgelegt. Im Anschluss an jeden Teil wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Gelegenheit gegeben, Bemerkungen über die jeweiligen Massnahmen zu formulieren.

Commenté [MOU1]: A contrôler si correspond aux termes utilisés dans l'enquête.

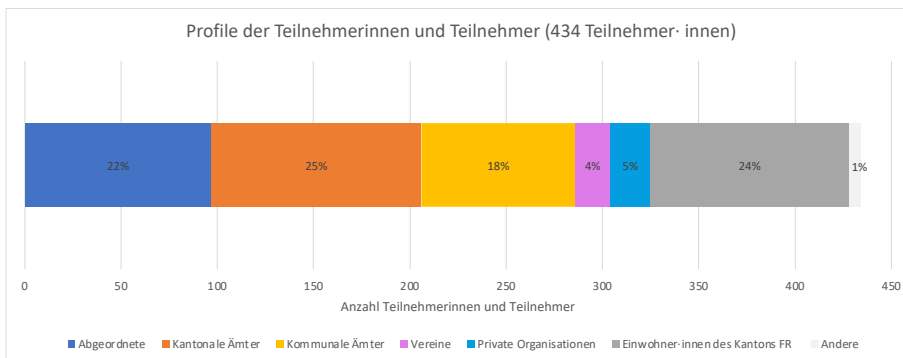
Folgende 60 Massnahmen wurden anhand der Online-Umfrage beurteilt:

Bereichsübergreifende Massnahmen	
1	Stärkung der Vorbildfunktion der öffentlichen Körperschaften (z. B.: Schaufensterbaustellen, Vorbildliche Kantinen, wiederverwendbares Geschirr ...)
2	Förderung und Ergänzung des Massnahmenportfolios für Nachhaltigkeit in den Freiburger Gemeinden
3	Durchführung von an die breite Öffentlichkeit gerichteten Informations- und Sensibilisierungskampagnen (z. B.: Abfallbehandlung, erzeugte Abfallmenge, Marketing von Supermärkten, Mieten, Vergemeinschaftung, Wiederverwendung, Verleih von Gegenständen, Reparatur, Suffizienz ...)
Verhaltensänderung und Bekämpfung von Littering	
4	Für grössere Veranstaltungen ein Anti-Littering-Konzept vorschreiben
5	Verbot von Einweggeschirr auf öffentlichem Grund und an kantonalen oder kommunalen Veranstaltungen
6	An Schulen einen abfallfreien Tag pro Woche anbieten
7	Informationen über die Sortierung und Entsorgungswege verbessern, um richtiges Verhalten bei der Sammlung von Siedlungsabfällen zu fördern
8	Weniger ist besser! – Den Grundsatz der Suffizienz fördern
9	Für Grossveranstaltungen ein Konzept zur Abfallverminderung vorschreiben
10	Koordination der Anti-Littering-Aktionen und der Sensibilisierung
11	Gebührenmodelle anpassen, um Verhaltensänderungen zu begünstigen (Grundgebühr / proportionale Gebühr)
12	Einführung proportionaler Gebühren auf bestimmte getrennt gesammelte Abfallkategorien (Bioabfall, Papier usw.)
Reduzierung der Lebensmittelverschwendung	
13	Geschäfte dazu verpflichten, unverkaufte Waren an Wohltätigkeitsorganisationen abzugeben
14	Ermütigung der Bevölkerung, Produkte zu spenden, die zu Hause nicht konsumiert werden
15	Zwischen Supermärkten und Restaurants vermitteln, um die Wiederverwertung von unverkauften Lebensmitteln zu fördern
16	Anreize für Supermärkte, Bäckereien und Restaurants schaffen, sich an der Wiederverwertung von unverkauften Waren zu beteiligen
17	Finanzielle Anreize für den Umgang mit unverkauften Waren in der Lebensmittelindustrie schaffen
18	Erstellung einer detaillierten Liste der spendefähigen Lebensmittel sowie Einführung von Kontrollmassnahmen
19	Förderung von unkalibrierten und hässlichen Produkten
20	Integration des Umgangs mit Lebensmittelabfällen in den Lehrplan
21	Websites der Gemeinden nutzen, um für Überproduktion zu sensibilisieren und für unverkaufte Waren zu werben
22	Erstellung eines an die Gastro-Branche gerichteten Massnahmenkatalogs zur Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung
23	Sensibilisierung der Haushalte für Lebensmittelverschwendung (z. B.: Külschrankmanagement, Revalorisierung des «selbst machen», Förderung der Kampagnen von energie-umwelt.ch und savefood.ch ...)
24	Einführung einer Zertifizierung oder eines Labels für die «Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung» in der Gastronomie
25	Finanzielle Unterstützung bestehender Initiativen zur Bekämpfung von Lebensmittelverschwendung
26	Anreize schaffen für die Einführung einer gewichtsbasierten Gebühr für Abfallsäcke, um die Menge an verbranntem Bioabfall zu reduzieren
27	Umsetzung von Massnahmen für eine nachhaltige Gemeinschaftsgastronomie in den Kantinen des Staates und der Gemeinden (z. B.: Mitnahme der Reste in einer persönlichen Box ermöglichen, Portionsgrösse anpassen, bei Vorbestellungen Rabatte gewähren, bei Ausschreibungen Auflagen festlegen ...)
28	Unterstützung des Direktverkaufs
29	Unterstützung bei der Gründung einer kantonalen Lebensmittelbank
30	Organisation von Diskussionsrunden, bei denen die betroffenen Akteure zum Thema Lebensmittelverschwendung zusammenkommen
Reduzierung von Verpackungsabfällen	
31	Die Verwendung von Pfandverpackungen in Geschäften vorantreiben (z. B.: Wiedereinführung von Pfand auf Glas und Einführung von Pfand auf PET und Aluminium)
32	Förderung des Offenverkaufs
33	Die Verwendung von Pfandgeschirr in Schnellrestaurants vorschreiben
34	Unterstützung von innovativen Projekten im Bereich der Wiederverwertung und der stofflichen Verwertung von Verpackungen
35	Sensibilisierung für die Verpackungsgrösse (z. B.: Grösse der Verpackungen auf das strikte Minimum reduzieren, Grösse der Verpackungen an die Portionen anpassen (Paar, Familie) ...)
36	Die kostenlose Bereitstellung von Einwegplastiktüten an den Verkaufsstellen verbieten
37	Die Verwendung, Bereitstellung oder den Verkauf von Einwegplastikgegenständen (Strohhalme, Wattestäbchen, Beutel ...) verbieten
38	Unterstützung der Einführung einer Ökosteuer auf Verpackungen auf Bundesebene
39	Plastikabfälle besonderen Bestimmungen unterwerfen oder sie aus der Definition von Siedlungsabfällen ausschliessen, damit sie vorrangig in Geschäften gesammelt werden können
40	Unterstützung von Massnahmen, die zum Ziel haben, recyclingfähige Verpackungen vorzuschreiben
41	Geschäfte dazu verpflichten, der Kundschaft eine Plattform zum Auspacken und Sortieren zur Verfügung zu stellen
42	Bestimmte Medikamente einzeln abgeben
Reduzierung der Abfälle in Form von Gegenständen	
43	Unterstützung bei der Einrichtung von Wertstoffhöfen auf kommunalen Sammelstellen
44	Unterstützung und Förderung von Objektbibliotheken
45	Förderung der Vergemeinschaftung anstelle des Privateigentums
46	Erleichterung der Vergemeinschaftung von Gegenständen auf Gemeindeebene (z. B.: leichte Fahrzeuge, Rasenmäher ...)
47	Intensivierung der Information und Sensibilisierung für Wiederverwendung: reparieren statt wegwerfen
48	Organisation von Tauschbörsen an Schulen
49	Sensibilisierung und Schulung des Lehrpersonals (z. B.: Verwendung von Schulheften und des Schulmaterials über mehrere Jahre hinweg fördern)
50	Unterstützung und Förderung der Neuaufbereitung von gebrauchten Mobiltelefonen
51	Schaffung einer Synergie zwischen «Repair Cafés» und technische Fachschulen
52	Anreize schaffen für die Entwicklung von pädagogischen Workshops und Reparaturkursen
53	Über die Websites der Gemeinden für Personen werben, die Gegenstände reparieren
54	Einrichtung einer Reparaturwerkstatt im Kanton
55	Unterstützung bei der Organisation von «Repair Cafés» anbieten
56	Förderung und Entwicklung von Reparaturplattformen/-verzeichnissen
57	Einrichtung einer Informationsplattform über Reparaturmöglichkeiten für Gegenstände
58	Änderung der Einkaufspolitik öffentlicher Einrichtungen, mit dem Ziel, die erzeugte Abfallmenge zu reduzieren
59	Unterstützung und Förderung von Initiativen im Zusammenhang mit der Lebensdauer von Gegenständen
60	Unterstützung der Massnahmen des Bundes zur Bekämpfung der geplanten Obsoleszenz

3. Profile der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

An der Online-Umfrage haben **434 Personen** teilgenommen, die wie folgt aufgliedert werden können:

	Anzahl	%
Abgeordnete	97	22%
Mitglieder der kantonalen Ämter	109	25%
Mitglieder der kommunalen Ämter	80	18%
Vertreter-innen von Vereinen	18	4%
Vertreter-innen von privaten Organisationen	21	5%
Einwohner-innen des Kantons FR	103	24%
Andere	6	1%
Total	434	100%

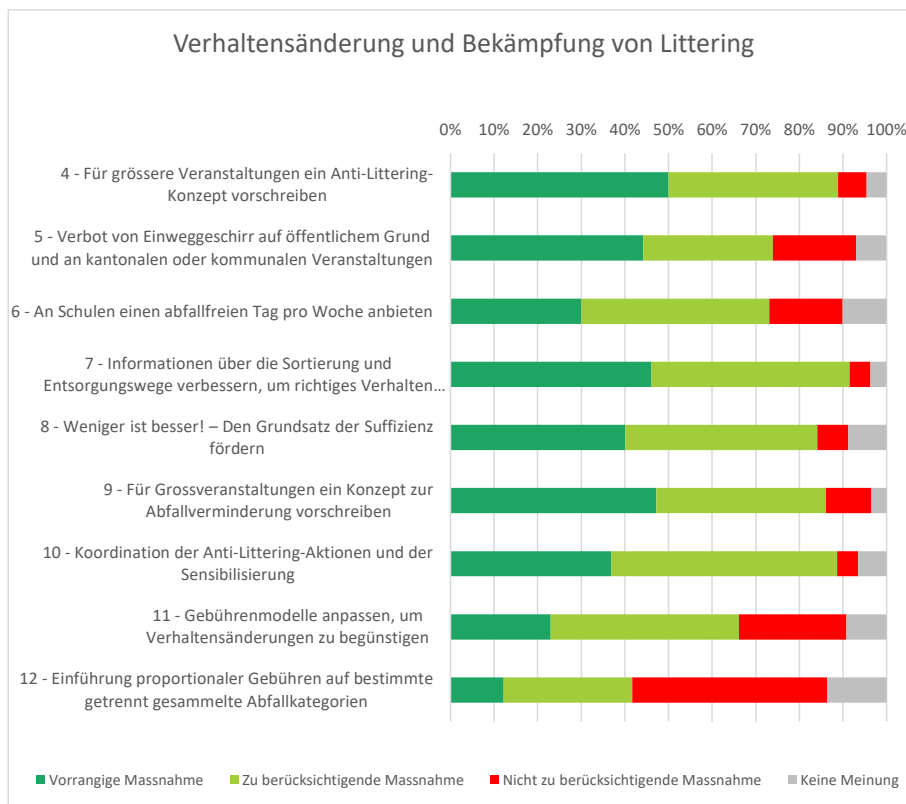
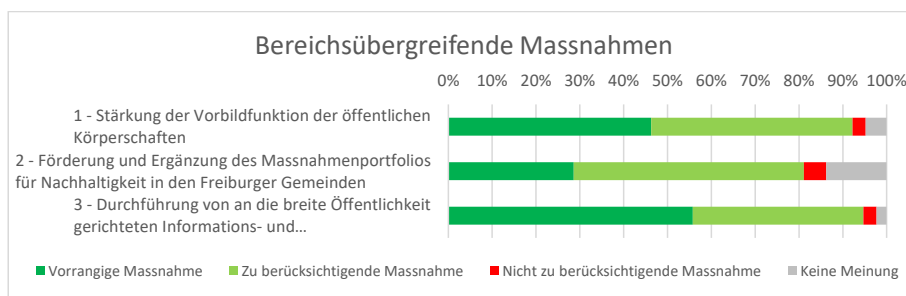


Die verschiedenen Teilnehmergruppen sind somit relativ gleichmässig verteilt. Gemeinnützige Organisationen und private Institutionen sind jedoch weniger stark vertreten. 24 % der Personen haben als Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Freiburg geantwortet, was zur Vertretung der Zivilgesellschaft in der Umfrage beiträgt.

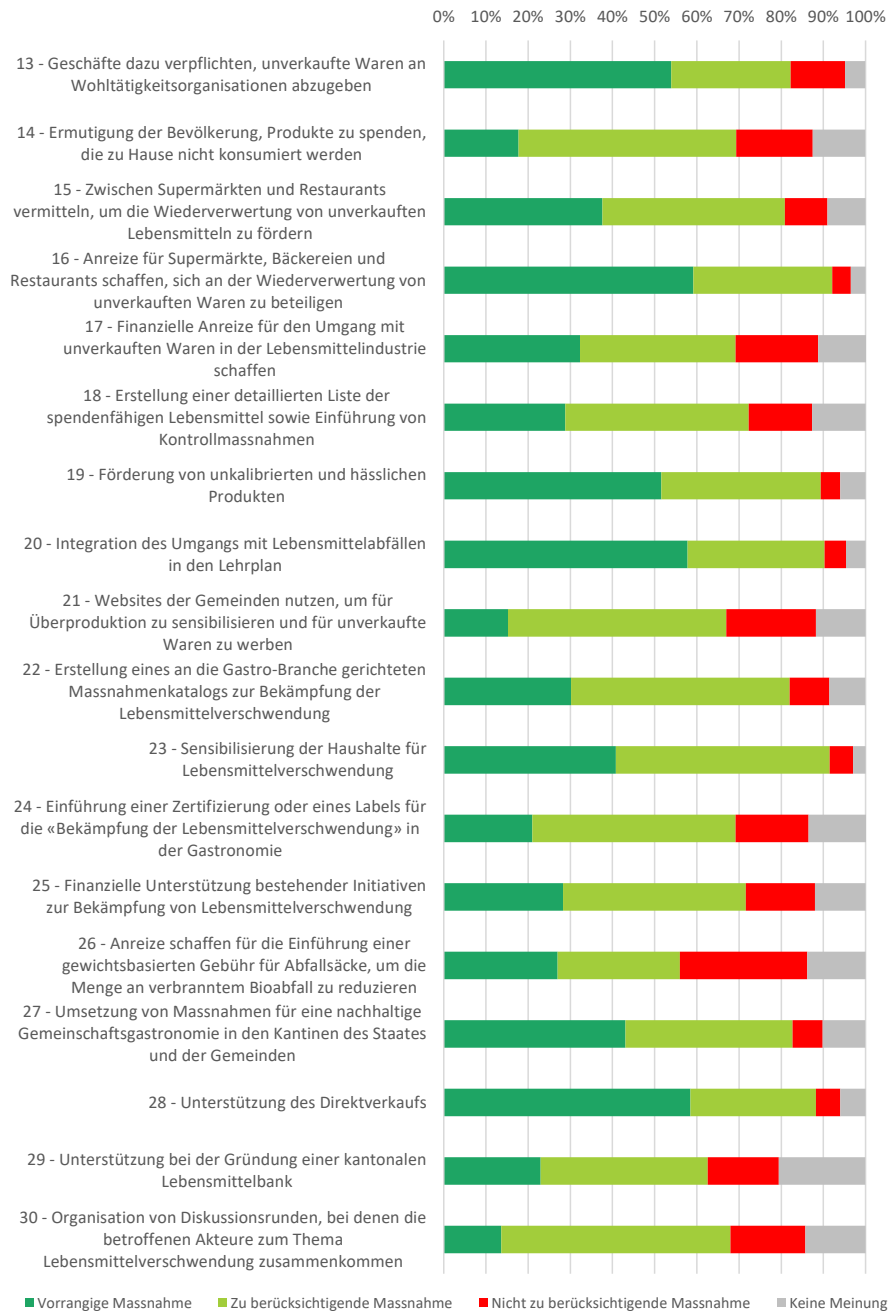
4. Allgemeine Beurteilung der Massnahmen

4.1. Allgemeine Ergebnisse nach Massnahme

Die nachfolgenden Diagramme illustrieren für jede Massnahme die erhaltenen allgemeinen Ergebnisse. Jedes Diagramm zeigt den Anteil der Personen unter den 434 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die die jeweilige Massnahme als «vorrangig», «zu berücksichtigen», «nicht zu berücksichtigen» oder «ohne Meinung» beurteilt haben. Innerhalb jedes Themas sind die Massnahmen von der am stärksten befürworteten bis zur am wenigsten befürworteten Massnahme geordnet:



Reduzierung der Lebensmittelverschwendung



Reduzierung von Verpackungsabfällen



Reduzierung der Abfälle in Form von Gegenständen



4.2. Analyse der am stärksten befürworteten Massnahmen

Die folgende Tabelle listet die Massnahmen nach ihrer Befürwortung durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

	Anteil der Teilnehmer-innen, die die Massnahme als "vorrangig" oder "zu berücksichtigen" eingestuft haben.
47 - Intensivierung der Information und Sensibilisierung für Wiederverwendung: reparieren statt wegwerfen	96%
3 - Durchführung von an die breite Öffentlichkeit gerichteten Informations- und Sensibilisierungskampagnen	95%
1 - Stärkung der Vorbildfunktion der öffentlichen Körperschaften	92%
16 - Anreize für Supermärkte, Bäckereien und Restaurants schaffen, sich an der Wiederverwertung von unverkauften Waren zu beteiligen	92%
23 - Sensibilisierung der Haushalte für Lebensmittelverschwendung	92%
7 - Informationen über die Sortierung und Entsorgungswege verbessern, um richtiges Verhalten bei der Sammlung von Siedlungsabfällen zu fördern	92%
20 - Integration des Umgangs mit Lebensmittelabfällen in den Lehrplan	90%
57 - Einrichtung einer Informationsplattform über Reparaturmöglichkeiten für Gegenstände	90%
19 - Förderung von unkalibrierten und hässlichen Produkten	89%
56 - Förderung und Entwicklung von Reparaturplattformen/-verzeichnissen	89%
34 - Unterstützung von innovativen Projekten im Bereich der Wiederverwendung und der stofflichen Verwertung von Verpackungen	89%
4 - Für grössere Veranstaltungen ein Anti-Littering-Konzept vorschreiben	89%
10 - Koordination der Anti-Littering-Aktionen und der Sensibilisierung	89%
59 - Unterstützung und Förderung von Initiativen im Zusammenhang mit der Lebensdauer von Gegenständen	89%
60 - Unterstützung der Massnahmen des Bundes zur Bekämpfung der geplanten Obsoleszenz	89%
28 - Unterstützung des Direktverkaufs	88%
50 - Unterstützung und Förderung der Neuaufbereitung von gebrauchten Mobiltelefonen	88%
40 - Unterstützung von Massnahmen, die zum Ziel haben, recyclingfähige Verpackungen vorzuschreiben	88%
49 - Sensibilisierung und Schulung des Lehrpersonals (z. B.: Verwendung von Schulheften und des Schulmaterials über mehrere Jahre hinweg fördern)	87%
58 - Änderung der Einkaufspolitik öffentlicher Einrichtungen, mit dem Ziel, die erzeugte Abfallmenge zu reduzieren	87%
44 - Unterstützung und Förderung von Objektbibliotheken	87%
32 - Förderung des Offenverkaufs	86%
9 - Für Grossveranstaltungen ein Konzept zur Abfallverminderung vorschreiben	86%
48 - Organisation von Tauschbörsen an Schulen	86%
43 - Unterstützung bei der Einrichtung von Wertstoffhöfen auf kommunalen Sammelstellen	85%
52 - Anreize schaffen für die Entwicklung von pädagogischen Workshops und Reparaturkursen	84%
8 - Weniger ist besser! – Den Grundsatz der Suffizienz fördern	84%
53 - Über die Websites der Gemeinden für Personen werben, die Gegenstände reparieren	84%
36 - Die kostenlose Bereitstellung von Einwegplastiktüten an den Verkaufsstellen verbieten	83%
27 - Umsetzung von Massnahmen für eine nachhaltige Gemeinschaftsgastronomie in den Kantinen des Staates und der Gemeinden	83%
51 - Schaffung einer Synergie zwischen «Repair Cafés» und technische Fachschulen	83%
13 - Geschäfte dazu verpflichten, unverkaufte Waren an Wohltätigkeitsorganisationen abzugeben	82%
22 - Erstellung eines an die Gastro-Branche gerichteten Massnahmenkatalogs zur Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung	82%
2 - Förderung und Ergänzung des Massnahmenportfolios für Nachhaltigkeit in den Freiburger Gemeinden	81%
15 - Zwischen Supermärkten und Restaurants vermitteln, um die Wiederverwertung von unverkauften Lebensmitteln zu fördern	81%
54 - Einrichtung einer Reparaturwerkstatt im Kanton	80%
35 - Sensibilisierung für die Verpackungsgrösse	80%
46 - Erleichterung der Vergemeinschaftung von Gegenständen auf Gemeindeebene	80%
55 - Unterstützung bei der Organisation von «Repair Cafés» anbieten	80%
33 - Die Verwendung von Pfandgeschirr in Schnellrestaurants vorschreiben	78%
31 - Die Verwendung von Pfandverpackungen in Geschäften vorantreiben	77%
42 - Bestimmte Medikamente einzeln abgeben	76%
45 - Förderung der Vergemeinschaftung anstelle des Privateigentums	75%
5 - Verbot von Einweggeschirr auf öffentlichem Grund und an kantonalen oder kommunalen Veranstaltungen	74%
6 - An Schulen einen abfallfreien Tag pro Woche anbieten	73%
37 - Die Verwendung, Bereitstellung oder den Verkauf von Einwegplastikgegenständen verbieten	72%
18 - Erstellung einer detaillierten Liste der spendenfähigen Lebensmittel sowie Einführung von Kontrollmassnahmen	72%
25 - Finanzielle Unterstützung bestehender Initiativen zur Bekämpfung von Lebensmittelverschwendung	72%
41 - Geschäfte dazu verpflichten, der Kundschaft eine Plattform zum Auspacken und Sortieren zur Verfügung zu stellen	71%
14 - Ermütigung der Bevölkerung, Produkte zu spenden, die zu Hause nicht konsumiert werden	69%
17 - Finanzielle Anreize für den Umgang mit unverkauften Waren in der Lebensmittelindustrie schaffen	69%
24 - Einführung einer Zertifizierung oder eines Labels für die «Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung» in der Gastronomie	69%
39 - Plastikabfälle besonderen Bestimmungen unterwerfen oder sie aus der Definition von Siedlungsabfällen ausschliessen, damit sie vorrangig in Geschäften gesammelt werden können	68%
30 - Organisation von Diskussionsrunden, bei denen die betroffenen Akteure zum Thema Lebensmittelverschwendung zusammenkommen	68%
21 - Websites der Gemeinden nutzen, um für Überproduktion zu sensibilisieren und für unverkaufte Waren zu werben	67%
11 - Gebührenmodelle anpassen, um Verhaltensänderungen zu begünstigen	66%
29 - Unterstützung bei der Gründung einer kantonalen Lebensmittelbank	63%
38 - Unterstützung der Einführung einer Ökosteuer auf Verpackungen auf Bundesebene	58%
26 - Anreize schaffen für die Einführung einer gewichtsbasierten Gebühr für Abfallsäcke, um die Menge an verbranntem Bioabfall zu reduzieren	56%
12 - Einführung proportionaler Gebühren auf bestimmte getrennt gesammelte Abfallkategorien	42%

Es ist festzustellen, dass **die am stärksten befürworteten Massnahmen hauptsächlich nicht bindende Aktionen umfassen**. Es handelt sich dabei um Informations- und Sensibilisierungsmassnahmen, um die Wahrnehmung einer Vorbildfunktion sowie um die Förderung von positiven Initiativen und Verhaltensänderungen. So belegen diese Massnahmen die 11 ersten Ränge. Nennenswert ist jedoch, dass zwei bindende Massnahmen von über 85% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüsst werden: **an Veranstaltungen ein Anti-Littering-Konzept und ein Konzept zur Abfallverminderung vorschreiben**.

Umgekehrt **finden sich Massnahmen, die eine Besteuerung vorsehen, meist auf den hinteren Rängen wieder**. Massnahme 12 «Einführung proportionaler Gebühren auf bestimmte getrennt gesammelte Abfallkategorien» erhält sogar weniger als 50% Zustimmung.

5. Analyse nach Art der Massnahme

5.1. Methode

Um die oben erläuterten Beobachtungen zu vertiefen, wurde eine Analyse nach Art der Massnahme durchgeführt. Dadurch konnten Massnahmen mit atypischem Profil, eindeutig vorrangige oder weitgehend abgelehnte Massnahmen hervorgehoben und Tendenzen nach Art der Massnahme (Bestuerungsmassnahme, Informationsmassnahme, ...) identifiziert werden.

Dazu wurde jede Massnahme einem bestimmten Typ von öffentlichen Aktionen zugeordnet:

- Informieren: Massnahmen, die auf Sensibilisierung, Kommunikation, Erläuterungen oder Empfehlungen abzielen.
- Vorschreiben: bindende Massnahmen, die sich auf ein Gesetz, ein Reglement, eine Verordnung usw. stützen.
- Besteuern: Massnahmen zur finanziellen Benachteiligung von Handlungen, die der gewünschten Abfallbewirtschaftung entgegenwirken.
- Finanzieren: Massnahmen zur finanziellen Unterstützung der Entwicklung von Projekten oder Aktionen, die zur Erreichung der Ziele des kantonalen Abfallbewirtschaftungsplans beitragen.
- Organisieren: Massnahmen zur Förderung der Umsetzung von Aktionen, die zur Erreichung der Ziele des kantonalen Abfallbewirtschaftungsplans beitragen. Es kann sich dabei um Versorgungsketten, vereinfachte Verfahren, Koordinierungsausschüsse usw. handeln.
- Nicht definiert: Massnahmen, die sich keiner der vorherigen Kategorien zuordnen lassen.

Es gilt ferner zu beachten, dass zahlreiche Massnahmen mehrere Arten von öffentlichen Aktionen erfordern (z. B. informieren und organisieren). In diesem Fall wurde die Massnahme dem Typ von öffentlicher Aktion zugeteilt, der als überwiegend erschien.

Um Massnahmen mit einem atypischen Antwortprofil zu identifizieren, wurde ein «Standardprofil» als Referenz herangezogen. Dieses Profil wurde definiert, indem unter Berücksichtigung aller Massnahmen der durchschnittliche Prozentsatz der Antworten berechnet wurde, die für jede Stufe der vorgeschlagenen Bewertungsskala («Vorrangige Massnahme», «Zu berücksichtigende Massnahme», «Nicht zu berücksichtigende Massnahme» und «Keine Meinung») erhalten wurden. Dieses Standardprofil (Durchschnitt aller Antworten pro Prioritätsstufe) sieht wie folgt aus:

- Vorrangige Massnahme: 39% ;
- Zu berücksichtigende Massnahme: 41% ;
- Nicht zu berücksichtigende Massnahme: 11% ;
- Keine Meinung: 8%.

Auf dieser Grundlage wurden Massnahmen identifiziert, für die sich die Verteilung der Antworten deutlich von jener des Standardprofils (oben) unterscheidet.

5.2. Ergebnisse der Analyse

Die folgende Analyse hat zum Ziel, einerseits die Arten von öffentlichen Aktionen hervorzuheben, die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern befürwortet werden, und andererseits für jeden Aktionstyp die Massnahmen zu identifizieren, die «sehr gut» oder «weniger gut» aufgenommen werden.

Informieren

Es ist festzustellen, dass Massnahmen des Typs «Informieren» in der Regel eher positiv aufgenommen werden. Dem Typ «Informieren» sind 17 Massnahmen zugeordnet. Davon geniessen 8 eine relativ starke Unterstützung (+10 Prozentpunkte positiver Antworten im Vergleich zum Durchschnitt aller Massnahmen):

- **4 Massnahmen scheinen klar vorrangig zu sein**, da sie öfters als vorrangig beurteilt werden und auf relativ wenig Ablehnung stossen:
 - 3 - Durchführung von an die breite Öffentlichkeit gerichteten Informations- und Sensibilisierungskampagnen
 - 19 - Förderung von unkalibrierten und hässlichen Produkten
 - 20 - Integration des Umgangs mit Lebensmittelabfällen in den Lehrplan
 - 47 - Intensivierung der Information und Sensibilisierung für Wiederverwendung: reparieren statt wegwerfen
- 3 Massnahmen scheinen zu berücksichtigen aber nicht vorrangig zu sein:
 - 2 - Förderung und Ergänzung des Massnahmenportfolios für Nachhaltigkeit in den Freiburger Gemeinden
 - 22 - Erstellung eines an die Gastro-Branche gerichteten Massnahmenkatalogs zur Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung
 - 23 - Sensibilisierung der Haushalte für Lebensmittelverschwendung
- Eine Massnahme ist umstrittener, da sie öfters als «zu berücksichtigen», aber auch öfters als «nicht zu berücksichtigen» beurteilt wurde:
 - 21 - Websites der Gemeinden nutzen, um für Überproduktion zu sensibilisieren und für unverkaufte Waren zu werben

Vorschreiben

Zwölf Massnahmen zählen zum Aktionstyp «Vorschreiben», der sowohl zu Verboten, Verpflichtungen wie auch Reglementierungen führen kann. Von diesen zwölf Massnahmen werden 6 relativ stark befürwortet, während 4 auf etwas mehr Kritik stossen.

Folgende **6 Massnahmen scheinen eindeutig vorrangig zu sein**:

- 9 - Für Grossveranstaltungen ein Konzept zur Abfallverminderung vorschreiben
- 13 - Geschäfte dazu verpflichten, unverkaufte Waren an Wohltätigkeitsorganisationen abzugeben
- 36 - Die kostenlose Bereitstellung von Einwegplastiktüten an den Verkaufsstellen verbieten
- 58 - Änderung der Einkaufspolitik öffentlicher Einrichtungen, mit dem Ziel, die erzeugte Abfallmenge zu reduzieren

Folgende **5 Massnahmen stossen auf mehr Skepsis**:

- 5 - Verbot von Einweggeschirr auf öffentlichem Grund und an kantonalen oder kommunalen Veranstaltungen
- 37 - Die Verwendung, Bereitstellung oder den Verkauf von Einwegplastikgegenständen verbieten

Commenté [MOU2]: Il y en a que 4 dans la liste

Commenté [MOU3]: 4 ?

- 39 - Plastikabfälle besonderen Bestimmungen unterwerfen oder sie aus der Definition von Siedlungsabfällen ausschliessen, damit sie vorrangig in Geschäften gesammelt werden können
- 41 - Geschäfte dazu verpflichten, der Kundschaft eine Plattform zum Auspacken und Sortieren zur Verfügung zu stellen

Hier ist anzumerken, dass grosse Veranstaltung zwar Bedenken hervorzurufen scheinen (Massnahme 9), ein Verbot von Einweggeschirr bei solchen Veranstaltungen jedoch auf weniger Zustimmung stösst. Ferner weist **Massnahme 39** einen relativ hohen Anteil an «keine Meinung»-Antworten (15%) auf. Ist sie vielleicht schwieriger zu verstehen?

Besteuern

Der Aktionstyp «Besteuern» zählt vier Massnahmen. Alle vier werden im Vergleich zu den übrigen Massnahmen **insgesamt weniger positiv bewertet**. Diese Art von Massnahmen wird seltener als vorrangig und häufiger als «nicht zu berücksichtigen» eingestuft. Es handelt sich um folgende Massnahmen:

- 12 - Einführung proportionaler Gebühren auf bestimmte getrennt gesammelte Abfallkategorien
- 11 - Gebührenmodelle anpassen, um Verhaltensänderungen zu begünstigen
- 26 - Anreize schaffen für die Einführung einer gewichtsbasierten Gebühr für Abfallsäcke, um die Menge an verbranntem Bioabfall zu reduzieren
- 38 - Unterstützung der Einführung einer Ökosteuer auf Verpackungen auf Bundesebene

Finanzieren

Zwei Massnahmen zählen zum Aktionstyp «Finanzieren». Diese Massnahmen stossen auf etwas mehr Widerstand als der Durchschnitt. Es handelt sich dabei um folgende Massnahmen:

- 17 - Finanzielle Anreize für den Umgang mit unverkauften Waren in der Lebensmittelindustrie schaffen
- 25 - Finanzielle Unterstützung bestehender Initiativen zur Bekämpfung von Lebensmittelverschwendung

Die Ergebnisse der **Massnahmen vom Typ «Besteuern» und «Finanzieren»** scheinen darauf hinzudeuten, dass der Rückgriff auf wirtschaftliche Anreize zur Auslösung einer Verhaltensänderung generell auf **weniger Zustimmung** stösst.

Organisieren

Der Aktionstyp «Organisieren» umfasst 9 Massnahmen. Davon werden 4 häufig als «zu berücksichtigen» bewertet, ohne jedoch oft als vorrangig bezeichnet zu werden. Dabei handelt es sich um die folgenden Massnahmen:

- 10 - Koordination der Anti-Littering-Aktionen und der Sensibilisierung
- 14 - Ermutigung der Bevölkerung, Produkte zu spenden, die zu Hause nicht konsumiert werden
- 30 - Organisation von Diskussionsrunden, bei denen die betroffenen Akteure zum Thema Lebensmittelverschwendung zusammenkommen
- 48 - Organisation von Tauschbörsen an Schulen

Es ist jedoch auch anzumerken, dass die **Massnahmen 14 und 30** relativ häufig als «nicht zu berücksichtigen» bezeichnet werden, was darauf hinzudeuten scheint, dass ihre Umsetzung vermutlich besondere **Aufmerksamkeit** verdient.

Im Übrigen hebt sich keine der Massnahmen des Typs «Organisieren» in Bezug auf die Einstufung als «vorrangige» oder als «nicht zu berücksichtigende Massnahme» hervor.

Nicht definierter Typ

16 Massnahmen konnten keinem der vorerwähnten Aktionstypen zugeordnet werden, meist weil die Art der Aktion in der Beschreibung der Massnahme nicht spezifiziert wird.

Folgende Massnahmen dieses Typs werden häufiger als vorrangig eingestuft:

- 16 - Anreize für Supermärkte, Bäckereien und Restaurants schaffen, sich an der Wiederverwertung von unverkauften Waren zu beteiligen
- 28 - Unterstützung des Direktverkaufs
- 32 - Förderung des Offenverkaufs
- 60 - Unterstützung der Massnahmen des Bundes zur Bekämpfung der geplanten Obsoleszenz

Zwei weitere Massnahmen werden häufig als **«zu berücksichtigen»** bezeichnet, ohne jedoch oft als «vorrangig» bewertet zu werden:

- 44 - Unterstützung und Förderung von Objektbibliotheken
- 52 - Anreize schaffen für die Entwicklung von pädagogischen Workshops und Reparaturkursen

Keine der Massnahmen dieses Typs zeichnet sich durch höhere Anteile an Antworten der Kategorie «nicht zu berücksichtigen» aus. Es gilt jedoch zu bemerken, dass Massnahme 29 (unten) einen relativ hohen Anteil an **«Keine Meinung»**-Antworten aufweist, was darauf deuten könnte, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer möglicherweise Schwierigkeiten hatten, den Gegenstand dieser Massnahme zu verstehen.

- 29 - Unterstützung bei der Gründung einer kantonalen Lebensmittelbank

5.3. Zusammenfassung der Analyse nach Art der Massnahme

Die Analyse nach Art der Massnahme legt sicherlich nahe, **Massnahmen des Typs «Besteuern» oder «Finanzieren» mit Vorsicht anzugehen**. Im Gegensatz dazu **stossen Massnahmen des Typs «Informieren» vergleichsweise auf breitere Zustimmung**, was an sich nicht sehr überraschend kommt und die Ergebnisse anderer vergleichbarer Umfragen bestätigt. Es bleibt jedoch zu prüfen, inwiefern diese Art von Massnahmen allein ausreichen, um die Ziele zu erreichen, die sich das AfU im Rahmen der Revision des Abfallbewirtschaftungsplans gesetzt hat.

In diesem Fall **könnte eine Lösung darin bestehen, Massnahmen vom Typ «Organisieren» oder «Verbieten» zu bevorzugen**. Während sich Massnahmen des Typs «Organisieren» nicht durch eine besonders starke Unterstützung auszuzeichnen scheinen, werden sie häufiger als «zu berücksichtigen» und seltener als «nicht zu berücksichtigen» bezeichnet. **Gesetzliche** Massnahmen (verbieten, verpflichten, vorschreiben) scheinen entschiedener Meinungen vorzubringen als die vorhin erwähnten Massnahmen. So werden sie häufiger als «vorrangig» aber auch als «nicht zu berücksichtigen» eingestuft als der Durchschnitt aller Massnahmen (Standardprofil).

Zusammenfassend und ohne dass diese Ergebnisse überinterpretiert werden dürfen, scheint diese Analyse aufzuzeigen, dass die Befragten weniger geneigt sind, den Kanton bei der Schaffung von finanziellen Anreizen als bei der Wahrnehmung einer orchestrierenden (Organisieren) oder regulierenden (Verpflichten) Rolle zu unterstützen. Eine ähnliche Feststellung scheint auch aus einer früheren Umfrage hervorzugehen, die wir im Zusammenhang mit einem kommunalen Klimaplan durchgeführt haben.